

Stand: 23.01.2026 03:47:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6496

""Wahrheitsministerium" verhindern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6496 vom 22.04.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7028 des WK vom 07.05.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 54 vom 02.07.2025
4. Beschluss des Plenums 19/7729 vom 23.07.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 23.07.2025



Antrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

„Wahrheitsministerium“ verhindern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Pläne der neuen Bundesregierung, wonach in Zukunft eine „staatsferne Medienaufsicht“ zur Regulierung der Meinungslandschaft eingesetzt werden soll, auf das Schärfste zurückzuweisen sind. Darüber hinaus stellt der Landtag fest, dass diese Pläne mit einer Demokratie absolut unvereinbar sind.

Begründung:

„Die bewusste Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen ist durch die Meinungsfreiheit nicht gedeckt. Deshalb muss die staatsferne Medienaufsicht unter Wahrung der Meinungsfreiheit auf der Basis klarer gesetzlicher Vorgaben gegen Informationsmanipulation sowie Hass und Hetze vorgehen können.“

So lauten die Zeilen im neuen Koalitionsvertrag, welche die Weichen legen für eine düstere und dystopische Zukunft – eine Zukunft für ein orwellsches Deutschland!

Die neue Bundesregierung legt mit diesem Vorhaben die Axt an die Demokratie. Natürlich ist die Verbreitung falscher Tatsachen nicht grundsätzlich von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Es stellt sich jedoch die Frage, wer darüber entscheiden soll und kann, was Fakt und was falsch ist.

Dem Koalitionsvertrag folgend möchte Schwarz-Rot dafür eine „staatsferne Medienaufsicht“ installieren. Auch hier ist es höchst fraglich, wie gewährleistet werden soll, dass jenes Gremium die Staatsferne einhält.

Zur Staatsferne ist beispielsweise auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk verpflichtet. Und dennoch wird unverhohlen weit überwiegend linke und grüne Gesinnung propagiert.

Bereits vor dem Erscheinen des Koalitionsvertrages berichtete der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dass eben eine solche Einrichtung von der neuen Regierungskoalition geplant sei, und CDU und SPD dafür im Austausch mit dem „Recherche-Netzwerk Correctiv“ seien.

Er wies dabei darauf hin, dass es sich um jene „gemeinnützige“ und von Steuergeldern subventionierte NGO (Non-Governmental Organisation) handle, der gerichtlich attestiert wurde, falsche Tatsachenbehauptungen zu dem Treffen konservativer Kreise in Potsdam verbreitet zu haben.

Es gibt genug Beispiele jüngster Zeit, in welchen Regierungsstellen höchstselbst verkündeten, was die Wahrheit und was die Unwahrheit sei: Die „Verschwörungstheorie“ der Laborthese als Ursprung des Coronavirus, nebenwirkungsfreie Impfungen, alternativlose Lockdowns, heilbringende Masken und unvermeidliche Ausgangssperren – alles

vergangene „Tatsachen“, die bereits damals erheblich angezweifelt wurden und mittlerweile als Falschbehauptungen enttarnt sind.

Bereits zu Coronazeiten war die Konsequenz, wenn man dem Narrativ der Regierung widersprach, dass man sozial vollständig isoliert wurde – erst psychisch und dann physisch über 1G, 2G, 3G.

Die Pläne der kommenden Bundesregierung würden nun noch zusätzlich strafrechtliche Konsequenzen mit sich bringen. Letztlich könnte somit für vermeintlich legitime Regierungskritik eine Gefängnisstrafe drohen, weil eine linke NGO oder der Staat selbst darüber entscheiden, was wahr und was falsch ist.

Schon die Coronapolitik hat aufgezeigt, wie unsere Gesellschaft, unsere Freiheit und unser friedliches Miteinander bis zum Äußersten strapaziert wurden. Diese Zeit wird geradezu unschuldig wirken im Vergleich zu dem, was die Pläne der kommenden Bundesregierung für unser Land bedeuten würden.

Es könnte beispielsweise in Zukunft genügen, zu behaupten, es gebe nur zwei Geschlechter, der Klimawandel sei nicht vorwiegend menschengemacht, ungeregelte Migration sei kontraproduktiv für Deutschland oder die Energiewende sei gescheitert, um womöglich strafrechtlich belangt zu werden.

Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten hatte im Februar auf der Münchner Sicherheitskonferenz eine historische Rede gehalten, in welcher er vor allem der deutschen Regierung vorwarf, die Redefreiheit einzuschränken. Als Grund für die Einschränkungen äußerte er, dass die Regierungen „Angst vor ihrer eigenen Bevölkerung“ haben würden. Die Ausführungen des Vizepräsidenten werden vor dem Hintergrund der Pläne der neuen Bundesregierung nochmals in deren Richtigkeit bestärkt. An anderer Stelle deutete Vance sogar an, dass die Situation in Deutschland Konsequenzen haben könnte. Er sagte: „Glauben Sie, dass der amerikanische Steuerzahler es hinnehmen wird, wenn jemand in Deutschland ins Gefängnis kommt, nur weil er einen gemeinen Tweet gepostet hat?“. Offenbar ließen sich CDU und SPD davon jedoch nicht beirren und planen nun den Todesstoß für die Meinungsfreiheit in Deutschland.

Letzthin würde dieses orwellsche „Wahrheitsministerium“, was im Deckmantel einer „staatsfernen Medienaufsicht“ daherkommt, zur totalen Unterdrückung legitimer Regierungskritik als geframte Hass und Hetze führen. Abweichende Meinungen als Hass und Hetze herabzusetzen und zu zensieren lässt sich auch leichter durchsetzen, als sich mit Fakten auseinanderzusetzen, wie Wahrheit oder Lüge.

Es geht um nicht weniger als um das Mundtot machen jeglicher Kritik. Es wäre das Ende der Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit. Es ist eine totalitäre Maßnahme, die den Gesinnungsstaat verstetigt und unser Land einen Schritt weiter in Richtung Diktatur führt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und
Fraktion (AfD)
Drs. 19/6496**

"Wahrheitsministerium" verhindern!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ferdinand Mang**
Mitberichterstatter: **Prof. Dr. Michael Piazolo**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 7. Mai 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazolo
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind sämtliche Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4, Wahl eines Vizepräsidenten und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher jetzt über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Forschungsoffensive für Altersforschung auf den Weg bringen!
Drs. 19/5945, 19/7022 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

2. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Börtl, Andreas Schalk u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Geld für Start-ups –
Stiftungen als Kapitalgeber für Start-ups gewinnen
Drs. 19/5951, 19/7106 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsorientiert reformieren I:
Angekündigten Bürokratieabbau umsetzen
Drs. 19/5972, 19/7107 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

A

A

A

Z

Z

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsfest reformieren II:
Bau- und Sanierungsvorhaben dauerhaft aus dem
Kulturfonds Kunst herausnehmen und eigenen Kulturfonds Bau-
und Sanierungsvorhaben schaffen
Drs. 19/5973, 19/7108 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsfest reformieren III:
Kommunen beherzt unter die Arme greifen!
Eigenanteil der Kulturförderung auf ein realistisches Maß setzen.
Drs. 19/5974, 19/7116 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsfest reformieren IV:
gedeckelte Öffnung für München und Nürnberg
Drs. 19/5975, 19/7117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsorientiert reformieren V:
Jury für Kulturfonds-Vergaben einberufen
Drs. 19/5976, 19/7118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

8. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel,
Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Anwerbung und Integration US-amerikanischer
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
Drs. 19/5980, 19/7023 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Robert Brannenkämper,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Petra Guttenberger u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zur Struktur der Provenienzforschung
Drs. 19/5981, 19/7024 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulgesundheitsfachkräfte in Bayerns Schulen möglich machen –
für unsere Kinder und Jugendlichen und eine Entlastung der Lehrkräfte
Drs. 19/6004, 19/7098 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ganztagshelden: Mehr Stunden für Schulleitungen, mehr Chancen für Kinder
Drs. 19/6007, 19/7099 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Pflanzenschutz zukunftsfähig und effektiv gestalten: Auflagen für technische Innovationen in der Landwirtschaft aus dem Weg räumen!
Drs. 19/6008, 19/7093 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüttig, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Digitaler Unterricht
Drs. 19/6033, 19/7100 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Landwirte unterstützen – Wärmeplatten zur Komposterzeugung fördern
Drs. 19/6040, 19/7094 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	[ENTH]	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Pflanzenschutz zukunftsfähig und effektiv gestalten:
Technologie-Start-ups stärker fördern!
Drs. 19/6047, 19/7095 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Pflanzenschutz zukunftsfähig und effektiv gestalten: Bericht
zum Stand der Gesetzgebung im Hinblick auf neue Technologien.
Drs. 19/6096, 19/7096 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
EU-Weidepflicht für Biobetriebe –
Druck rausnehmen, Übergangsfristen verlängern
Drs. 19/6171, 19/7030 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nein zum E-Rechnungszwang –
Freiwillige Digitalisierung statt staatlicher Bevormundung!
Drs. 19/6190, 19/7119 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bayerische KMU entlasten: Kassenbonzwang endlich abschaffen!
Drs. 19/6220, 19/7120 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
AfD-Forderung umsetzen und CSU-Wahlversprechen einhalten:
Das Heizungsgesetz abschaffen!
Drs. 19/6221, 19/7075 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Reform des Widerrufsrechts im Verbraucherrecht
zur Entlastung des Handwerks
Drs. 19/6223, 19/7076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Linke Agitation beenden: Freiheit der Lehre an bayerischen Hochschulen schützen!
Drs. 19/6243, 19/7025 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Weg frei für faire und gerechte Lösungen: klare gesetzliche Regelung für Restitutionen auch in Bayerns Haushaltrecht schaffen
Drs. 19/6244, 19/7026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU) Beschleunigter Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien: Verlängerung der EU-Notfallverordnung und schnelle Umsetzung der RED III in nationales Recht
Drs. 19/6246, 19/7077 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD) Flächendeckende Mobilfunkversorgung als Grundlage für digitale Anwendungen in den Bereichen Tierwohl und Pflanzenschutz anerkennen: Jetzt Sachstand ermitteln!
Drs. 19/6247, 19/7078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
#OhneFachkräfteKeineTeilhabe –
Für mehr Fachkräfte in der Eingliederungshilfe sowie
in der gesamten Kinder- und Jugendhilfe in Bayern
Drs. 19/6254, 19/7063 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sofortprogramm zu Rodung und Zwischennutzung von Weinbergen
Drs. 19/6330, 19/7097 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schwimmunterricht stärken –
Sicherheit gewährleisten, Lehrkräfte entlasten
Drs. 19/6332, 19/7102 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gezielte Förderung statt Einheitsbrei:
Bayerischer Sozialindex für faire Bildungschancen
Drs. 19/6333, 19/7101 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Organisationsversagen in staatlichen bayerischen Kulturinstitutionen nicht weiter hinnehmen: Governance verankern, Missbrauch verhindern
Drs. 19/6341, 19/7027 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktueller Stand der Umsetzung von schulischen Schutzkonzepten zur Vorbeugung und Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt
Drs. 19/6342, 19/7103 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Datenerfassung an bayerischen Schulen zur individuellen Lernzeitverkürzung (ILV) am neunjährigen Gymnasium (G9)
Drs. 19/6346, 19/7104 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Unterstützung für Senioren in Bayern:
Kostenloses Mittagessen in Kantinen staatlicher Einrichtungen
Drs. 19/6398, 19/7040 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

34. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Lilium-Pleite: Kein Start-up-Desaster auf dem Rücken der Beschäftigten!
Drs. 19/6403, 19/7079 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Unterstützung für Eltern und Lehrkräfte, Bildungsteilhabe für Kinder in Bayern: Einführung von Schulgesundheitsfachkräften
Drs. 19/6409, 19/7105 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

36. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Ausnahmen von der Weidepflicht zulassen
Drs. 19/6450, 19/7031 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

37. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
Akademie der Bildenden Künste Nürnberg:
Kein Solidaritätsakt für Mordversuche!
Drs. 19/6458, 19/7111 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

38. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherung des Automobilstandorts Bayern: Grundlagen für eine strategische Wirtschaftspolitik im Freistaat schaffen!
Drs. 19/6491, 19/7080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

39. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
„Wahrheitsministerium“ verhindern!
Drs. 19/6496, 19/7028 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

40. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Erhebung von Klimadaten in Bayern
Drs. 19/6514, 19/7049 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------

41. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Regelung im Kommunalabgabengesetz schaffen – keine Straßenerschließungskosten für vorhandene Straßenprovisorien!
Drs. 19/6518, 19/7059 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
„Gecancelte“ Lesung: „Cancel Culture“ endlich bekämpfen!
Drs. 19/6521, 19/7110 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Einführung einer Digitalsteuer nach dem Marktlandprinzip –
Faire Besteuerung digitaler Großkonzerne in Deutschland
Drs. 19/6541, 19/7121 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

44. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU
Starke Hilfsorganisationen für ein resilientes Bayern:
Einsatzfähigkeit in allen Einsatzlagen sicherstellen!
Drs. 19/6561, 19/7061 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Strategie gegen Wissenschaftsspionage und den unerwünschten Abfluss von Technologie, Daten, Forschungsergebnissen und Wissen aus der bayerischen Wissenschaft
Drs. 19/6579, 19/7109 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichtsantrag: Planungsstand und Gesamtstrategie
der Baumaßnahmen an den Universitätskliniken
Drs. 19/6587, 19/7122 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD





Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/6496, 19/7028

„Wahrheitsministerium“ verhindern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Ferdinand Mang
Abg. Alex Dorow
Abg. Toni Schuberl
Abg. Ramona Storm
Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo
Abg. Katja Weitzel

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)

"Wahrheitsministerium" verhindern! (Drs. 19/6496)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr geehrte Damen und Herren! In dieser Debatte streiten wir uns über den Antrag der AfD "'Wahrheitsministerium' verhindern!" Was ist der Hintergrund? – Im geltenden Koalitionsvertrag findet sich folgende, schon von vielen alternativen Medien kritisierte Passage; ich zitiere:

"Die bewusste Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen ist durch die Meinungsfreiheit nicht gedeckt. Deshalb muss die staatsferne Medienaufsicht unter Wahrung der Meinungsfreiheit auf der Basis klarer gesetzlicher Vorgaben gegen Informationsmanipulation sowie Hass und Hetze vorgehen können."

Im Ausschuss hatte ich den werten Kollegen schon eine Verfassungsviertelstunde gegeben. Dieser Zeitrahmen steht mir hier leider nicht zu. Deshalb werde ich mich auf die wichtigsten Punkte beschränken.

Entgegen dem, was der Koalitionsvertrag suggeriert, sind falsche Tatsachenbehauptungen grundsätzlich von der Meinungsfreiheit geschützt. Wie hätte sonst ein Söder all die Corona-Lügen mit großem Medienpomp verbreiten können? All die falschen Tatsachen durfte er frei behaupten und verteidigt sie bis heute. Tatsachenbehauptungen sind selbst für Juristen schwer von Werturteilen zu trennen. Werturteile genießen uneingeschränkt den Schutz der Meinungsfreiheit.

Soll etwa die angeblich staatsferne Medienaufsicht mit spezialisierten Verfassungsrechtlern besetzt werden, welche den Meinungsaustausch der Bürger auf diese juristischen Finessen korrekt überprüfen? Soll dazu ein Heer von Wissenschaftlern jede Aussage auf "wahr oder falsch" überprüfen? Und welche Wissenschaftler sollen das sein?

Ich nenne Ihnen ein Beispiel zum CO₂-bedingten Klimawandel: Wenn sich ein Bürger aus unserer Sicht hysterisch oder aus Ihrer Sicht leugnend über den Klimawandel auslässt, stellt sich die Frage, wer über die Qualität der Aussage entscheidet. Ein Wissenschaftler, der fürstlich für seine beauftragten Forschungsergebnisse, für das Beweisen eines menschengemachten Klimawandels bezahlt wird, oder ein Wissenschaftler, der zum gegenteiligen Ergebnis kommt und dafür keine fürstlichen Gehälter kassiert, sondern Ausgrenzung und Verfolgung erfährt?

In vielen Bereichen der Wissenschaft gibt es kein Wahr oder Falsch, sondern unterschiedliche Meinungen. Wer den Meinungsaustausch auf die Begriffe "wahr oder falsch" reduziert und danach bewertet, hat das hohe Verfassungsgut der Meinungsfreiheit nicht auch nur ansatzweise verstanden, geschweige denn, wie Wissenschaft funktioniert. Bei einer Regierungskaste, welche die Lobbyinteressen skrupelloser internationaler Konzerne eiskalt über die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung stellt, braucht man sich natürlich nicht zu wundern.

Diese neue Medienplattform ist bereits von der angedachten Grundausrichtung her verfassungsfeindlich konzipiert. Sie ist schon jetzt als Mittel der Meinungsunterdrückung einzustufen und wird in ihrer finalen Form – entgegen den Versprechen der CSU – kein Schild gegen Hass und Hetze sein, sondern ein Pflock im Herzen unserer Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Dafür klat-schen nicht einmal die eigenen Leute!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht Herr Kollege Alex Dorow für die CSU-Fraktion.

Alex Dorow (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, heute erlebe ich hier wirklich eine Premiere. Ich stelle fest, "Harry Potter" dient mittlerweile als Vorlage für Anträge der AfD. Lieber Kollege Mang, das ist Fiktion!

Es ist mir eigentlich grundsätzlich wichtig, dass wir sachlich miteinander reden. Wir haben das – trotz der Verfassungsviertelstunde, die in Ihrem Fall eher eine Märchenviertelstunde war, das tut mir leid – im Ausschuss weitgehend getan. Ich möchte die angesprochenen Punkte noch einmal ernst behandeln. Da wir hier mit Ihnen natürlich Vertreter haben, die vor allem polemisieren und spalten wollen, aber deren Zielgruppe ganz normale und besorgte Bürger sind, lassen Sie uns doch einmal über die Inhalte reden.

Ich muss zugeben, dass mir zunächst einmal ganz andere Dinge eingefallen sind, als ich den Titel "Wahrheitsministerium" gelesen habe. "Harry Potter" – ich habe es gerade eben schon einmal gesagt – jetzt als Grundlage für Anträge im Bayerischen Landtag? – Ich verstehe, dass Sie einschlägige kreative Schlagworte brauchen, noch dazu, wenn der restliche Antrag, die Berichterstattung und die Wortmeldungen inhaltlich total konfus sind. Warum?

Ich möchte Ihnen empfehlen, nicht einfach irgendwelchen Reflexen zu folgen, sondern sich einmal in die unterschiedlichen Themen einzuarbeiten und sich sachlich damit auseinanderzusetzen. Dann würden Sie beispielsweise besser verstehen, worum es in dem genannten Auszug aus dem Koalitionsvertrag geht. Sie haben es dankenswerterweise eben schon zitiert, deswegen kann ich mir das sparen.

Wenn wir diese Wendung, diesen Umgang mit Desinformation Satz für Satz durchgehen, dann stelle ich fest: Dort ist nirgends formuliert, auch nicht zwischen den Zeilen, dass es ein "Wahrheitsministerium" geben soll. Es geht doch vielmehr darum sicherzustellen, dass soziale Netzwerke keine rechtsfreien Räume sind. Es ist doch

bezeichnend, wie sich manche Personen im Netz heutzutage äußern und wie sie sich ausdrücken, weil sie meinen, alles wäre erlaubt und es gäbe keine redaktionelle Verantwortung. Dies verändert auch das direkte Miteinander unter uns, und das, meine Kolleginnen und Kollegen, leider nicht zum Besseren.

Wer Machiavelli gelesen hat, der weiß, in seinem Werk "Il Principe" wird "la calunnia", das fiese Gerücht oder die Verdrehung, als probates Mittel zur Vernichtung politischer Gegner genannt. Das ist es, worum es hier eigentlich geht. Meine Damen und Herren, heute im Zeitalter sozialer Medien wirkt so etwas zerstörerisch auf jede humane, auf jede liberale und werteorientierte Gesellschaft.

Im Interesse eines funktionierenden Meinungsaustausches müssen die Regeln einer zivilisierten Kommunikation natürlich auch online eingehalten werden. Der Koalitionsvertrag knüpft hier an die aktuelle medienrechtliche, nationale und europäische Rechtslage an und beschreibt mit Blick auf bestehende Regelungslücken Nachbesse rungsbedarf, um gegen Informationsmanipulation, gegen Hass und Hetze im Internet vorgehen zu können.

Nun haben Sie, Kolleginnen und Kollegen, möglicherweise Gründe dafür, warum Sie nicht wollen, dass man besser gegen gezielte Informationsmanipulation vorgehen kann, weil Beiträge Ihrer eigenen Fraktion auf Telegram oder TikTok zum Teil mehrere Fragen offenlassen. Personen, die von Hass und von Hetze im Internet betroffen sind, sehen das aber definitiv anders. Stichworte sind – ich habe schon einige genannt –: Verdrehung von Ursache und Wirkung, Täter-Opfer-Umkehr – das ist durchaus nachvollziehbar und messbar – und gezielte Falschbehauptungen, um einige zu nennen.

Welche Regelungen gibt es bisher? – Dazu ein kurzer Diskurs: Auf nationaler Ebene, das wissen wir, ermöglicht der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag aktuell das Vorgehen gegen entwicklungsgefährdende und bestimmte strafbare Inhalte in Telemedien. Unzulässig sind insbesondere kinder- und jugendpornografische Angebote, die Darstellung von Propagandamitteln und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

sowie der Verstoß gegen Bestimmungen nach dem Jugendschutzgesetz. Angebote, Inhalte und Postings, die zum Teil Hass und Hetze in der Bevölkerung anstacheln, sind ebenfalls unzulässig. Sie werden – weil Sie, Kollege Mang, nach den Institutionen gefragt haben – durch die Landesmedienanstalten beanstandet und, wenn nötig, auch gelöscht. Diese Anstalten sind staatsfern organisiert und weisungsfrei. Die Kontrolle obliegt grundsätzlich den jeweiligen Aufsichtsgremien für die Bayerische Landeszentrale für neue Medien, beispielsweise dem plural besetzten Medienrat und dem Verwaltungsrat.

Auf europarechtlicher Ebene – das ist der letzte Punkt – sieht das Gesetz über digitale Dienste, der sogenannte Digital Services Act, vor, dass gegen rechtswidrige Inhalte durch Anordnungen nationaler Behörden vorgegangen wird. Sehr große Online-Plattformen sind verpflichtet, systemische Risiken zu bewerten und auch zu minimieren. Ob ein Inhalt rechtswidrig ist – auch hier wieder Antwort auf Ihre Frage –, richtet sich ganz eindeutig nach dem Recht des jeweiligen Mitgliedstaates. Auch hier kann man nicht von einem "Wahrheitsministerium" sprechen. Kollege Mang, der Koalitionsvertrag, den Sie zitiert haben, soll bestehende Lücken schließen, Lücken, die durch die Einführung des Digital Services Act entstanden sind. Wir sollten das nicht als "Wahrheitsministerium" diffamieren, weil es das nicht ist.

Vor Einführung des Digital Services Act hat das Netzwerkdurchsetzungsgesetz rechtswidrige Inhalte in Telemedien allgemein und nicht begrenzt auf den Zweck des Jugendschutzes benannt und mit einer Löschverpflichtung für die Anbieter von Telemedien versehen. Diese werden nach aktueller Rechtslage nicht mehr abgebildet. Seitens der Landesmedienanstalten wird daher – und nur daher – seit Außerkrafttreten des NetzDG immer wieder auf diese Lücke hingewiesen. Diese Lücke gilt es zu schließen.

Wir von den Regierungsfraktionen unterstützen das ausdrücklich. Es gilt natürlich abzuwarten, wie schnell die Kollegen im Bundestag hier tätig werden können und welchen Vorschlag sie hierzu ausarbeiten. Ich bin aber zuversichtlich, dass es hierzu gute Vorschläge geben wird.

Ich habe kein Verständnis, wenn man dieses Thema derart unsachlich aufbauscht und verbiegt, um gezielt den Sinn infrage zu stellen. Wir lehnen den Antrag ausdrücklich ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der Kollege Mang hat eine Zwischenfrage.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Kollege Dorow, ich schätze es auch sehr, mit Ihnen im Ausschuss die Klingen zu kreuzen. Aber um einmal eines klarzustellen: Das "Wahrheitsministerium" habe ich nicht aus "Harry Potter" gezogen, sondern das stammt aus der Dystopie "1984" von George Orwell.

Ich will meine Rede nicht wiederholen, sondern nur einen Punkt noch einmal herausgreifen: Im Koalitionsvertrag steht – ich lese den Satz noch einmal vor –, "[...] auf der Basis klarer gesetzlicher Vorgaben gegen Informationsmanipulation sowie Hass und Hetze vorgehen zu können".

Nehmen wir den Begriff "Hetze". Man soll also gegen Hetze vorgehen. Wie wollen Sie das abgrenzen? Ab wann ist Hetze Hetze, die zensiert werden soll? Ab wann ist es zulässige Kritik, zum Beispiel an der Regierung Söder?

Alex Dorow (CSU): Kollege Mang, ganz einfach: Die Institutionen, die das abgrenzen, habe ich genannt. Sie sind selbst Jurist. Sie wissen deshalb genau, dass man "Hetze" juristisch sehr genau definieren kann. Das ist genau der Punkt. Deswegen geht Ihr Vorwurf ins Leere.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

– Es tut mir leid, er geht ins Leere.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Schuberl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gehört zur deutschen Leitkultur, nicht zu lügen. Das lehren wir unsere Kinder schon im Kindergarten. Das absichtliche Verbreiten von Unwahrheit sollte eigentlich auf jeden Fall zu Kritik führen – und bei demjenigen, der es getan hat, zu Scham und im schlimmsten Fall zu Rücktritt.

Kein Wunder, dass die AfD ein Problem mit Faktencheckern hat! Die gezielte Desinformation – häufig aus Russland gesteuert – über rechte Kampagnennetzwerke und finanziert von dubiosen Milliardären ist ja der Kern der AfD-Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Ihnen von der AfD unsere freiheitliche Grundordnung in unserem Land, wenn Ihnen unser Deutschland, wie es jetzt ist, nicht passt, dann können Sie ja gehen.

Wir bräuchten keine Faktenchecker, wenn wir der AfD nicht immer eine Plattform bieten würden. Ein Beispiel ist das Sommerinterview der ARD: ein freundlicher Plausch mit harmlosen Fragen vor repräsentativer Herrschaftskulisse – mit einer Rechtsextremistin!

(Benjamin Nolte (AfD): Nein!)

Ich danke den Demonstranten, die da waren und deutlich gemacht haben, dass der eigentliche Skandal diese Normalisierung ist.

Leider hat Weidel diese schönen Protestlieder mit ihren Lügen gestört.

(Franz Schmid (AfD): Sie spalten das Land!)

Wann sind wir eigentlich von "Wehret den Anfängen!" zu "Lasst die Rechtsextremistin doch mal ausreden!" gelangt?

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Die Einstufung als "bundesweit gesichert rechtsextrem" muss für den gesellschaftlichen Umgang mit dieser verfassungsfeindlichen Partei Folgen haben. Wenn wir schon unbedingt ein Interview mit Rechtsextremen machen müssen, dann muss man auch vorbereitet sein. Es war doch vorher klar, wo Alice Weidel lügen würde.

Sie wird natürlich lügen, wenn man nach Ausländern und Ausreisepflichtigen fragt. Wir wissen auch hier in unserem Hohen Haus, was dann kommt. Sie sprach von 215.000 ausreisepflichtige Syrern. – Das ist falsch. Es sind 10.000, davon sind 90 % geduldet; die können wir gar nicht abschieben.

(Zurufe von der AfD)

Es war auch klar, dass eine Lüge über die Klimaerhitzung kommt. Weidel hat gesagt, es gebe keinen einzigen Beweis für menschlichen Einfluss auf die Klimaerhitzung. – Das darf man nicht stehen lassen. Da muss man widersprechen. Ob es die Bohrkerne in der Antarktis sind, das Sediment im Atlantik oder Bodenproben; ob es Geologen, Physiker, Biologen, Meteorologen, Klimawissenschaftler auf der gesamten Welt sind – sie sind sich alle einig!

(Lachen bei der AfD – Ferdinand Mang (AfD): Lüge! – Johannes Meier (AfD): Das stimmt doch nicht!)

Und das ohne relevanten Widerspruch in der Wissenschaft! Irgendwelche komischen Typen aus euren Netzwerken oder "Russia Today" gelten nicht. Aber in diesem Interview dazu kein Wort!

(Zuruf der Abgeordneten Sanne Kurz (GRÜNE))

Ein nachträglicher Faktencheck hilft halt nicht. Und noch schlimmer: Die ARD hat dann in der "Tagesschau" eine weitere Lüge Weidels noch weiter verbreitet. Ich zitiere die "Tagesschau":

"Die AfD-Vorsitzende Weidel fordert, Sozialleistungen wie das Bürgergeld nur deutschen Staatsbürgern zu gewähren. Nur wer vorher eingezahlt habe, dürfe auch Leistungen erhalten, sagte sie im ARD-Sommerinterview. Das Gespräch wurde von lautstarken Protesten gestört."

Dann ist noch Weidel im Original mit der Wiederholung dieser Lüge gekommen.

Liebe "Tagesschau", gibt es niemanden in Ihrem Team, der sich auskennt, dem auffällt, dass das gelogen und falsch ist? – Es stimmt nicht, dass alle Deutschen in die Sozialversicherungen einzahlen und keine Ausländer einzahlen. Es zahlt – egal, welche Herkunft er hat – derjenige ein, der hier arbeitet. Derjenige, der hier nicht arbeitet, zahlt nicht ein.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Wahrscheinlich zahlt jeder Dönerverkäufer mehr in unsere Sozialversicherungen ein als Alice Weidel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hört endlich auf, der AfD nachzulaufen! Hört endlich auf, deren Lügen aus Angst nachzuplappern! Fangt endlich an zu begreifen, dass eine bundesweit gesichert rechtsextremistische Partei eine rechtsextreme Partei ist! Und dann behandelt sie auch so!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die Kollegin Storm hat eine Zwischenfrage.

Ramona Storm (AfD): Sie haben gesagt, dass Sie es bedauern, uns hier eine Plattform geben zu müssen. Es ist der Wähler, der von Ihnen allen weggelaufen ist; er gibt uns die Möglichkeit, hier zu sein und auch zu sprechen.

Toni Schuberl (GRÜNE): Noch einmal. Was? – Den Schluss habe ich nicht verstanden.

Ramona Storm (AfD): Das war jetzt nur eine Anmerkung zu Ihrer Aussage gewesen, dass Sie bedauern, uns hier eine Plattform geben zu müssen. Ich weise darauf hin, dass es die Wähler sind, die uns die Plattform geben und die, bevor es uns gab, Ihre Parteien gewählt haben und die jetzt vermehrt uns wählen.

Präsidentin Ilse Aigner: Es war keine konkrete Frage.

Toni Schuberl (GRÜNE): Frau Storm, wir wissen, was Sie auf Plattformen machen. Sie verteilen zum Beispiel Videos, wo man einen Schimpanse sieht, der einem Menschen ins Ohr flüstert: "Ich bin jetzt auch Deutscher." Das Video endet dann mit einer Flagge, auf der eine Banane ist.

Das ist rassistisch. Das machen Sie auf Ihren Plattformen. Das brauchen wir nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Prof. Piazzolo für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen uns immer wieder die Frage stellen, was wir hier machen: Wir sind der Landtag, wir sind die gewählten Vertreter dieses Landes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben diesen Antrag, der schon im Titel widersprüchlich und ungehörig ist, intensiv und sehr sachlich – Kollege Dorow hat das gesagt – im Wissenschaftsausschuss circa eine halbe Stunde behandelt und uns dazu ausgetauscht. Die Debatte dort war um einiges, um vieles besser als das, was jetzt hier stattfindet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das macht so keinen Sinn!

Sie sollten sich die Frage stellen, warum Sie Anträge – praktisch beinahe jeden Antrag – hochziehen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Für TikTok!)

Das ist Ihr gutes Recht, aber es macht es nicht besser, auch nicht für Sie, weil Sie hier einer Öffentlichkeit präsentieren, was für Anträge Sie stellen und was das für ein Quatsch ist. Die Öffentlichkeit begreift das auch.

Um es noch einmal deutlich zu machen: "Wahrheitsministerium" ist ein Zitat von Orwell. Orwell hat in seinem ganzen Buch vor politischen Entwicklungen wie der Ihren gewarnt. Das ist der Inhalt des Buches von Orwell. Das ist der Inhalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNNEN und der SPD)

Wenn er 1984 noch nicht so aktuell war – und er war es damals schon –, dann ist er es heute gleich dreimal. Deshalb ist das einzig Gute an diesem Antrag – wenn es so gewesen ist –, dass Sie sich vielleicht mit Orwell beschäftigt und hoffentlich das Buch gelesen haben und vielleicht – ich glaube es zwar nicht – die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Inhaltlich, lieber Herr Mang, hat es mit Wahrheitsministerium null und nada zu tun; das hat Kollege Dorow und habe ich als Mitberichterstatter erklärt. Es geht darum, eine Rechtslücke zu schließen, die die EU durch ihre Gesetzgebung im Bereich Hass und Hetze jetzt aufgemacht hat. Nur darum geht es.

Es geht auch nicht darum, neue Bürokratie zu schaffen, sondern darum, die bisherigen und vorhandenen Landesmedienanstalten zu ertüchtigen, noch genauer gegen Hass und Hetze vorzugehen. Das ist im Koalitionsvertrag vereinbart und nichts anderes. Da wird jetzt etwas hineingedeutet. Insofern noch einmal die Klarstellung und Verdeutlichung: Wir haben es im Ausschuss behandelt. Lesen Sie das Protokoll. Hören

Sie sich die Rede von Herrn Dorow und auch das von mir Gesagte noch einmal an, und vielleicht wird Ihnen dann bewusst, was der Koalitionsausschuss gemeint hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Kollegen Mang.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Kollege, natürlich habe ich George Orwell gelesen; ich hoffe, Sie auch. Sie nicken. Dann wissen Sie ja auch, worauf wir abzielen. Letztendlich müssen wir alle auf unsere Demokratie gut achtgeben; das ist der Punkt.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das sagen die Richtigen!)

Ich möchte auch Ihnen noch einmal die Frage stellen, weil Sie eben gesagt haben, es gehe nur darum, gegen Hass und Hetze vorzugehen. Hass und Hetze sind keine juristischen Begriffe; das ist das Problem. Es gibt keine Definition, anhand der man Hass und Hetze von der angeblich erlaubten Meinungsäußerung abgrenzen kann. Man kann Beleidigungen abgrenzen, man kann ehrabschneidende Sachen abgrenzen. Es gibt Straftatbestände für Meinungsdelikte; sie sind klar definiert. Sie kann man abgrenzen. Das sind Straftaten. Sie sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Aber Hass und Hetze sind nicht strafrechtlich normiert. Dafür gibt es keine juristischen Begriffe. Wenn selbst Juristen das dann nicht abgrenzen können, wer soll das denn dann in dieser Medienplattform machen? Wer soll das können? Das ist ja die Kritik daran.

Eben hier besteht die Gefahr, dass Meinungen eingeschränkt werden, die eigentlich verfassungsrechtlich geschützt sind, aber dann censiert werden, weil diese Begriffe juristisch nicht sauber getrennt werden können und im Zweifel dann auch Leute entscheiden, denen dazu die juristische Befähigung fehlt.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Noch einmal: Auch das haben wir im Ausschuss diskutiert. Selbstverständlich kann ein Richter nicht die Begriffe Hass

und Hetze, aber den Sachverhalt, der dahintersteckt, bewerten. Entweder ist eine strafrechtlich zu verfolgende Beleidigung dahinter, dann lässt es sich sehr klar und deutlich abgrenzen, oder der Beleidigungstatbestand ist noch nicht gefüllt; aber auch dann gibt es Behauptungen, die bewertet werden können. Das kann ein Richter. Dafür ist er ausgebildet. Dazu kommt, dass ein Richter auch noch zwei juristische Staatsexamina mit entsprechender Benotung bestanden und berufliche Erfahrung hat. Das ist der Job eines Richters in einem Rechtsstaat. Das unterscheidet Letzteren von einem totalitären System, über das Orwell geschrieben hat. Richter können das; das ist ihr Beruf. Das ist ein erlerntes Handwerk. Dafür gibt es Regeln. Wir leben in einem Rechtsstaat, weil das genau so erfolgt, wie ich es gerade beschrieben habe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Nun spricht noch einmal die Kollegin Katja Weitzel für die SPD-Fraktion.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen! Dieser Antrag ist exemplarisch für die parlamentarische Arbeit der AfD. Der provokante Titel wird auch hier wieder mit verschwörungsideologischem Inhalt kombiniert. Dann wagen Sie auch noch, sich auf George Orwell zu beziehen, nur um etwas zu kritisieren, was die jetzige Bundesregierung versucht: nämlich der bewussten Verbreitung von falschen Tatsachenbehauptungen zu begegnen, sie zu entzaubern und somit unsere liberale Demokratie zu schützen. Mein Kollege Prof. Piazolo hat darauf hingewiesen.

Wenn man sich den Antrag einmal ganz genau durchliest, wird einem eines klar: Es geht Ihnen gar nicht um ein Wahrheitsministerium oder um Zensur. Es geht Ihnen einzig und allein darum, dass die AfD bestimmt, was die Wahrheit ist.

(Lachen des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Das können wir nicht zulassen. Das werden Sie sicherlich nicht bestimmen. Wir haben eine fakten- und wissenschaftsbasierte Debattenkultur; an ihr werden wir uns orientie-

ren. Es gilt, genau sie zu schützen und jeden politischen Widerstand zu organisieren, wenn es hier in diesem Land Kräfte gibt, die diese faktenbasierte Debattenkultur angreifen wollen. Und ja, die Meinungsfreiheit gilt hier in diesem schönen Land auch für diejenigen, die sie eigentlich abschaffen wollen.

(Zurufe der Abgeordneten Ulrich Singer (AfD) und Ferdinand Mang (AfD))

Das ist richtig so, das ist so. Aber das führt eben auch dazu, dass Sie Gegenwind bekommen werden und dass wir ganz genau hinschauen werden, welche Wahrheiten Sie für Ihre Wahrheiten verbreiten. Da muss man eben immer Widerstand zeigen und Sie entzaubern. Nichts anderes tut die jetzige Bundesregierung auf EU-Ebene, weil – wie der Kollege Dorow völlig korrekt zitiert hat – die sozialen Medien kein rechtsfreier Raum sind.

Viele glauben, dass sie ein solcher sind, und verbreiten ungefiltert ihre vermeintlich eigenen Wahrheiten und halten diese dann auch noch für richtig. Es muss eben ein Gegenbild geschaffen werden. Das sind neben den öffentlich-rechtlichen Medien auch solche Funktionen auf EU-Ebene hier in Deutschland, um die sozialen Medien vor allen Dingen entsprechend transparenter zu machen, um alle Menschen, die das lesen, in die Lage zu versetzen, zu differenzieren. Um nichts anderes geht es bei dem, was die Bundesregierung tut. Ihr Antrag ist polemisch; und ihm kann daher von uns nicht zugestimmt werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen

der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.